

# Energiekrise ist Klimakrise!

**Die zunehmende Krisensituation um eine sichere Energieversorgung zeigt vor allem eines deutlich: das klimapolitische Versagen der letzten Jahrzehnte.**



Köln. Im Jahr 2022 ist die deutsche Energieinfrastruktur vollkommen abhängig von fossilen Energieträgern. Die Folgen dieser fossilen Abhängigkeit werden zurzeit sichtbarer denn je. Die Energiepreise explodieren, der Bedarf an Gas macht die Gesellschaft abhängig von Despoten und führt zu politischer Erpressbarkeit. Gleichzeitig macht sich die Klimakrise weltweit und zunehmend auch in Deutschland immer deutlicher bemerkbar. Von Hitzesommer, Dürre zu Überschwemmungen und Ernteaufschläge. Für die einen unangenehm, für die anderen existenziell und tödlich. Und dennoch wird diese Krise hierzulande Tag für Tag durch das ungebremsste Verheizen fossiler Energieträger verstärkt.

## **Politische Verantwortung wahrnehmen**

Besonders einzelne Personen sind die Hauptleidtragenden einer Krise, die in Kreisen politischer Verantwortung entstanden ist. Diese Menschen werden nicht ausreichend unterstützt, aber zur Kasse gebeten, während Konzerne Gewinne unvorstellbaren Ausmaßes mit den Grundbedürfnissen einer Gesellschaft machen. "Individuelles Verhalten wird in den Fokus gerückt, anstatt politische Verantwortung wahrzunehmen und bestehende Systeme kritisch zu hinterfragen. Waschlappen statt Tempolimit! Wirklich?", so Maren Solmecke, Pressesprecherin von Students for Future.

## **fossil fuels are over**

"Gas und Braunkohle sind nicht nur diesen Winter knapp oder teuer sondern schlicht endliche, klimaschädliche Rohstoffe, die nicht Grundlage einer zukunftsfähigen, sicheren Energieinfrastruktur sein können.", so Rahel Meier, Aktivistin von Students for Future. Trotzdem werden fossile Energien weiterhin subventioniert und der Ausbau erneuerbarer Energien wird unzureichend vorangetrieben. Es braucht einen politisch konsequenten Weg, der eine sichere Versorgung aus 100 Prozent erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2035 ermöglicht und die klimaschädlichen Subventionen von unwirtschaftlichen Energieträgern, wie Braunkohle und Gas, sofort beendet. Auch müssen Bürger:innen angemessen entlastet werden. Unternehmen dürfen nicht Profiteure der Energiekrise sein, stattdessen müssen Übergewinne konsequent umverteilt werden.

## **Für Rückfragen:**

Maren Solmecke

+4915734435625

[maren.solmecke@posteo.de](mailto:maren.solmecke@posteo.de)